



Macrons Prioritäten für die französische EU-Ratspräsidentschaft

Nach der portugiesischen und slowenischen Präsidentschaft im Jahr 2021 wird Frankreich im ersten Halbjahr 2022 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehaben. Mit der Ratspräsidentschaft kommt der französischen Regierung ein halbes Jahr lang eine spezielle Rolle in der Europäischen Union zu. Sie leitet die Ministertreffen, bestimmt die Agenda und lotet gemeinsam mit dem permanenten Ratspräsidenten Charles Michel Kompromisse aus. Und sie kann – wenn auch in beschränkten Maße – inhaltliche Impulse setzen. Am 09.12.2021 hat der französische Präsident Emmanuel Macron im Élysée-Palast seine Impulse für die französische EU-Ratspräsidentschaft erklärt und sich dabei äußerst ambitioniert gezeigt.

„Relance, puissance, appartenance“

Das Motto der französischen EU-Ratspräsidentschaft lautet: „Relance, puissance, appartenance“, was man mit „gemeinsame Wirtschaftsankurbelung, politische Stärke und Unabhängigkeit und Förderung des Zugehörigkeitsgefühls gegenüber der EU“ übersetzen könnte. Innerhalb dieses Mottos haben Macron und seine Europa-Experten ein umfassendes und ambitioniertes Arbeitsprogramm ausgearbeitet, mit dem Frankreich Fortschritte in der Abstimmung der Politik der 27 Mitgliedsländer erzielen möchte.

Europäische Souveränität

Das Leitmotiv von Macrons „Agenda 2030“ dürfte die „europäische Souveränität“ als unentbehrliche Ergänzung der „Nationen, die unser Stolz und unsere Stärke sind“. Das primäre Ziel der französischen Ratspräsidentschaft besteht daher darin „von einem Europa der internen Zusammenarbeit zu einem starken Europa in der Welt zu werden, das frei entscheidet und sein Schicksal in die Hand nimmt“, so Macron.

Schutz der Außengrenzen

Ein souveränes Europa sei Macron zufolge ein Europa, „das seine Grenzen im Griff hat“. Dies sei eine „unabdingbare Voraussetzung“, um die Herausforderung der Migration zu bewältigen, „hybride“ Kriege zu bekämpfen und „menschliche Dramen“ zu vermeiden. Die EU brauche eine permanente politische Abstimmung auf Regierungsebene sowie einen Mechanismus, der es erlaube, den Mitgliedern bei Bedarf unverzüglich und solidarisch zu handeln. Der französische Präsident schlägt daher vor, dem Schengenraum eine eigenständige politische Struktur zu verleihen. Wie bei der Euro-Zone sollen künftig separate Treffen der zuständigen Minister stattfinden, die eine „kohärente Politik“ gestalten. Zudem soll für Krisenfälle an den Außengrenzen ein Notfallfonds geschaffen werden. „Bisher waren unsere Reaktionen immer zu spät, wenn einer unserer Partner um Hilfe gebeten hat“, sagte Macron. Der Mechanismus zur Unterstützung der Grenzen in Notfällen soll künftig im Bedarfsfall den schnellen Einsatz von Grenzwachern, Drohnen oder Hubschrauber zur Grenzüberwachung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex ermöglichen.

Harmonisierung der Asylregeln

Macron erklärte auch, eine gerechtere Verteilung von Asylsuchenden in Europa zu ermöglichen. Hierfür sei es nötig, „mit Herkunfts- und Transitländern zusammenzuarbeiten, um gegen Schlepperbanden zu kämpfen“. Auch sollen die Asylregeln harmonisiert und vereinfacht werden. Dabei betonte der französische Präsident, dass die Migrantinnen und Migranten, die bereits in Europa seien, besser begleitet werden sollten.



Europäische Verteidigung

Macrons außenpolitische Ambitionen richten sich auch auf die europäische Verteidigung. Ein erster Schritt bestünde darin, die gemeinsame Verteidigung voranzutreiben und gemeinsame Interessen in einer übergreifenden Strategie zu definieren. Neben Rüstungsprojekten und Militärübungen betreffe das auch „neue Konflikträume“, wie etwa die Sicherheit auf den Weltmeeren, im Weltraum und im Internet.

Afrika und der Westbalkan

Frankreich sollte Macron zu Folge auch „strukturelle Initiativen“ gegenüber Afrika und dem westlichen Balkan ergreifen. Die Verbindung zwischen Afrika und Europa sei „das große politische und geopolitische Projekt der kommenden Jahrzehnte“, so Macron, der damit seinen Willen zum Ausdruck brachte, einen neuen wirtschaftlichen und finanziellen New Deal mit dem Kontinent zu starten.

In Bezug auf den Westbalkan betonte Macron die „ganz besondere Verantwortung“ gegenüber diesen Ländern, was den Schutz von Minderheiten und die Bekämpfung von Einmischung betrifft. Er sagte auch, er wolle „ihre europäischen Perspektiven klären“.

Klima-Agenda

Macrons „Agenda 2030“ sieht neben den neuen Projekten auch das Vorantreiben bereits laufender politischer Projekte der EU vor. Dazu gehört vor allem das große Klimaschutzpaket mit dem Ziel, dass die Mitgliedstaaten ihre Emissionen bis 2030 um mindestens 55 % reduzieren und bis 2050 klimaneutral werden. Ein besonders wichtiges Thema für Frankreich im Rahmen der Klima-Agenda nimmt die Einführung einer Grenzausgleichsteuer (CBAM) ein, die die EU-Kommission bereits 2019 im Rahmen des Green Deals vorgestellt hat. Mit der CBAM sollen Importe aus Ländern außerhalb der EU besteuert werden, die im Gegensatz zur EU keine systematische CO₂-Bepreisung installiert haben, wodurch die Produktion deutlich günstiger ausfällt.

Digitale Revolution

Ein souveränes Europa wäre nach dem Willen Macrons auch eine „digitale Macht“. Die digitale Transformation sei daher eine der „Top-Prioritäten“ der französischen EU-Ratspräsidentschaft. Daher sollen die Gesetzesakte über digitale Dienste und über die Regulierung digitaler Märkte baldmöglichst abgeschlossen werden. Mit der Digital Services Act (DSA) sollen unter anderem Hass und Bedrohungen, das Angebot von Fälschungen oder die Verbreitung von Falschinformationen (Fake News) bekämpft werden. Mit der Digital Markets Act (DMA) will die EU wiederum verhindern, dass die Big Tech mit ihrer dominierenden Marktstellung den Wettbewerb (noch weiter) schädigen.

Ein neues europäisches Geschäftsmodell

Macron rief in seiner zweistündigen Rede weiter dazu auf, „sich ein neues europäisches Modell vorzustellen“. Nach Ansicht des französischen Präsidenten sollten die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit eine „Obsession“ für die EU sein. Dabei ginge es vor allem darum, „die richtigen Arbeitsplätze“ zu schaffen, fügte Macron hinzu. Die EU-Richtlinien über Mindestlöhne und Lohntransparenz – die letztendlich darauf abzielen, die Gehaltsunterschiede zwischen Frauen und Männern zu beseitigen – werden ebenfalls im Mittelpunkt der französischen Ratspräsidentschaft stehen. Ferner plädierte Macron für einen industriellen Aufschwung in Schlüsselbereichen wie Wasserstoff, Batterien,



Halbleiter, Cloud, Verteidigung, Gesundheit und Kultur. „Wir müssen die Position und die Stärke Europas bei der Definition der Standards von morgen garantieren“, sagte Macron. Maßnahmen auf staatlicher Ebene seien hierfür nicht der richtige Maßstab. Außerdem kündigte Macron an, dass bis März mehrere europäische Investitionspläne und neue Industriallianzen auf den Weg gebracht werden sollen.

Angepasster Haushaltsplan

Um das neue europäische Geschäftsmodell umzusetzen, bedürfe es einen wirtschaftlichen Schub, den der französische Präsident mit einem Abbau von Haushaltsregeln fördern möchte. Der Abbau betrifft vor allem die Maastricht-Kriterien zur Staatsverschuldung, die derzeit eine Neuverschuldung von mehr als 3 % der Wirtschaftsleistung und ein Überschreiten von 60 % bei den Gesamtschulden verbiete. In Einzelfällen sollen diese Regelungen überdacht werden können. „Wir können nicht so tun, als sei nichts geschehen, und zu einem Haushaltsrahmen zurückkehren, der Anfang der Neunzigerjahre geschaffen wurde“, sagte Macron.

Europäischer Zivildienst

Ein Novum in der EU wäre der von Macron vorgeschlagene europaweite freiwillige Zivildienst. Dieser sollte Macron zu Folge sechs Monate dauern und allen jungen Menschen unter 25 Jahren möglich sein. Denkbar seien etwa ein „akademischer Austausch, eine Ausbildung, ein Praktikum oder die Mitarbeit in einem Verein“, so der französische Präsident. Das Jahr 2022 solle das „Jahr der europäischen Jugend“ werden.

Ein „menschlicheres Europa“

Macron möchte die Ratspräsidentschaft schließlich dazu nutzen, die „humanistische Berufung“ der EU zu erneuern, indem er sie „effizienter“ und „bürgernäher“ gestaltet. Den Beginn dieser „Neugründung“ sollte das Ende der Konferenz über die Zukunft Europas im Mai markieren. Außerdem äußerte der französische Präsident den Wunsch, „neue Instrumente zu finden, die dazu beitragen, unsere demokratische Freiheit mit Leben zu erfüllen“ und sich angesichts des „Revisionismus“, der in einigen Teilen Europas herrscht, intensiv mit der Geschichte Europas zu beschäftigen.

Die vollständige Rede des französischen Präsidenten finden Sie unter:
<https://www.youtube.com/watch?v=jKITZH-XXBY>